

ELLA geht weiter – irgendwie

Im Februar 2018 sollte Ella, die elektronische Lehr- und Lernassistenz, an den Start gehen. Bieten sollte sie Schülern und Lehrern Basisdienstleistungen zur Kommunikation und Kooperation mit einem sicheren Cloudspeicher, einem Online-Office-Paket und einer Mail- und Kalenderfunktion.

Die Betonung liegt allerdings bekanntermaßen auf „sollte“, denn zum Start kam es nie. Im Februar 2018 wurde das Projekt zum einen aufgrund zahlreicher technischer Mängel und zum anderen wegen fehlender Verträge gestoppt. Bis dahin hatte das Land 8,7 Millionen Euro dafür aufgewendet, davon 6,5 Millionen Euro für die Softwareentwicklung. Im Oktober 2018 trat das Land deshalb von dem so genannten Letter of Intent (LoI) – einer Art Vorvertrag – zurück. Womit die finanziellen Streitigkeiten so richtig in Fahrt kamen. Denn auch die beauftragte Firma ITEOS – mittlerweile unter dem Namen Komm.One tätig – kündigte den LoI und forderte die aus dem LoI ausstehende Vergütung von 20 Millionen Euro vom Land. Da man keine Einigung erzielte, wurde der Rechnungshof eingeschaltet, der einen Bericht erarbeiten sollte. Auf dessen Grundlage wollten Land und ITEOS/Komm.One eine einvernehmliche Lösung suchen.

Und die Lösung ist mittlerweile gefunden. Allerdings fällt diese für die Steuerzahler alles andere als günstig aus. Beide Seiten haben sich darauf geeinigt, auf gegenseitige Ansprüche aus dem LoI zu verzichten. Das bedeutet für das Land, dass es auf 6,5 Millionen Euro verzichtet, nämlich auf die Summe, die für die Softwareentwicklung bezahlt wurde. Dafür darf es aber die Leistungen, die ITEOS/Komm.One erbracht hat, behalten. Das Land kann damit aber nichts anfangen, weil die Komponenten nicht funktionieren und deshalb nie für Ella genutzt wurden.

Ausgehandelt hatte die Vereinbarung übrigens das Innenministerium. Das Kultusministerium hingegen hatte das Innenministerium gebeten, die Rückforderung in Höhe von 6,5 Millionen Euro durchzusetzen. Damit folgte das Innenministerium zwar der Empfehlung des Rechnungshofes, bloß das Geld bleibt verloren. Allein die Lehrer haben Teil an der Digitalisierung der Schulen. Ihnen sollen bis Herbst 2020 ein Lernmanagementsystem (LMS), eine rechtssichere E-Mail, ein datenschutzkonformer Messenger und ein Modul „Persönlicher Arbeitsplatz“ zur Verfügung gestellt werden. Eingeplant im Staatshaushaltsplan sind dafür 24 Millionen Euro, beschafft werden ausschließlich marktverfügbare Produkte, Eigenentwicklungen werden nicht vorgenommen. Und die Schüler? Warten weiter auf ihre Teilhabe an der Digitalisierungsoffensive.

Stuttgarter X1-Bus geht in die Verlängerung

Die berüchtigt-berühmte Schnellbuslinie X1 (s. Schwarzbuch 2019/20), welche in Stuttgart zwischen dem Stadtteil Bad Cannstatt und der Innenstadt verkehrt, dreht auch im kommenden Jahr ihre Runden. Der Stuttgarter Gemeinderat fasste einen entsprechenden Beschluss, obwohl die Fahrgastzahlen immer noch sehr niedrig sind. Seit Inbetriebnahme der Linie im Herbst 2018 lag die Zahl der durchschnittlichen Nutzer zumeist bei rund 2.500 pro Tag (bei 170 Fahrten der Ringlinie jeweils von Montag bis Freitag).

Infolge der Corona-Pandemie gab es jedoch einen spürbaren Fahrgastrückgang. 150 Fahrgäste passen in die Busse, sehr häufig ist die Auslastung jedoch einstellig. Im Sommer 2021 will der Gemeinderat neu beraten.

Die Busse fahren ab Januar 2021 in einem 6-Minuten-Takt statt wie bisher in einem 5-Minuten-Takt. Dadurch würden die Betriebskosten im Jahr 2021 um 510.000 Euro gesenkt. Die Stadt hat 2,25 Millionen Euro für den Betrieb der Buslinie im kompletten Jahr 2021 eingeplant. Eine Kostenbeteiligung seitens des Landes ist bislang nicht vorgesehen.

Derzeit steht noch in den Sternen, wie lange die wenig genutzten Busse in der Stadt unterwegs sein werden. Da die Schnellbuslinie auch eine Maßnahme des Luftreinhalteplans ist, kann die Stadt Stuttgart die Linie offenbar nur stilllegen, wenn das Land den Luftreinhalteplan insgesamt oder die Einzelmaßnahme aufhebt. Dies lässt befürchten, dass auch in fernerer Zukunft nahezu leere X1-Busse das Stadtbild in Stuttgart prägen werden.



Kosten und Nutzen in keinem vernünftigen Verhältnis

Aus Sicht des Bundes der Steuerzahler sollte zumindest der Takt auf zehn Minuten verlängert werden, falls eine Aufgabe des Betriebs aus rechtlichen Gründen tatsächlich (noch) nicht möglich sein sollte. Dadurch könnten weitere Steuergelder eingespart werden. Seitens der Stadt sollten aber auch alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, den Weiterbetrieb zu beenden. Denn Kosten und Nutzen stehen hier in keinem vernünftigen Verhältnis.